

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 54 (1975)
Heft: 5

Artikel: Die Bundesrepublik 1975
Autor: Reventlow, Rolf
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-339019>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 01.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Bundesrepublik 1975

Es ist unbestritten in der Bundesrepublik Deutschland, dass die in jüngster Vergangenheit abgehaltenen oder demnächst abzuhaltenden Landtagswahlen einen gewissen, nicht geringen, *Stellenwert* als Testwahlen für die im nächsten Jahr abzuhaltenden Bundestagswahlen haben. Und nicht minder unbestritten ist die Tatsache, dass bislang all diese Wahlen einen mehr oder minder betonten Rückgang der SPD-Stimmen aufweisen, in Hamburg-Stadt und Bundesland zugleich, waren es 10,4 Prozent, in Bayern im Durchschnitt 3,1 Prozent, aber in einzelnen Städten wie München und Hof bis zu 7 Prozent, in Hessen 2,7 Prozent, kürzlich in Rheinland-Pfalz zwei Prozent und, ein Sonderfall, in Westberlin gar 7,7 Prozent. Nirgends gab es einen landespolitischen Erdrutsch, nicht einmal in Berlin-West, wo der regierende Bürgermeister und SPD-Landesvorsitzende ohne Beschönigung von einer schweren Niederlage sprach. Und das war begründet, denn, fasst man die zwei letzten Legislaturperioden zusammen, so ergibt sich gar ein Verlust der SPD – innerhalb von acht Jahren – von 17,2 Prozent. Mag sein, dass bei den letzten Wahlen am 9. März die dramatischen Ereignisse der Gefangennahme und des Austauschs von Peter Lorenz, dem CDU-Landesvorsitzenden, der regierenden SPD einige Prozente mehr Verlust als zuvor denkbar brachten, es verbleibt ein entscheidener Rückschlag. Doch hat hier wie anderwärts die CDU ihr Wahlziel nicht erreicht. Schon vor der Wahl in Berlin hatte die FDP erklärt, mit der SPD nach dem Muster der Bundesregierung eine Koalition bilden zu wollen. Sich damit jedoch sozusagen zu trösten, dazu sind die Sozialdemokraten nicht bereit. Auf gleiche Weise, wenn auch nicht ohne landespolitische Schwierigkeiten, wird in *Hessen* – einst eine wahre Hochburg der SPD – eine Koalition, mit einer Stimme Mehrheit – an der Regierung bleiben. Möglicherweise geschieht dies sogar, obwohl wenig wahrscheinlich, in Nordrhein-Westfalen, wo die Endphase des Landtagswahlkampfes zu Ende geht, während diese Zeilen geschrieben werden. Und ihnen folgen noch Wahlen im Saarland, in Schleswig-Holstein und im Stadtstaat Bremen, wo allerdings die SPD-Mehrheit stark ist und man in SPD-Kreisen relativ optimistisch zu sein scheint.

Noch vor der Bundestagswahl im kommenden Jahr gibt es bereits Auswirkungen dieser landespolitischen Entscheidungen, da die CDU-CSU-regierten Länder bereits jetzt eine, wenn auch geringe, Mehrheit im Bundesrat haben, die sie nach Möglichkeit nutzen, um der sozial-liberalen Koalition Knüppel zwischen die Beine zu werfen. Ein besonders markantes Beispiel war die im Vorjahr beschlossene Steuerreform, in der die Sozialdemokraten ihre – besonders weitgehenden – Reformideen nicht in zufried-

denstellender Weise verwirklichen konnten. Mittlerweile hat sich dann die Finanzlage des Bundes – und der Länder und Gemeinden – infolge des Rückgangs der Steuereingänge erheblich verschlechtert. Der Bund muss mithin Schulden aufnehmen, was den redegewaltigen Vorsitzenden der bayerische Christlich-Sozialen Union¹, Franz Josef Strauss, zu der zwar nicht belegbaren aber in bayerischen Dorfgasthöfen sicherlich wirksamen Behauptung verleitete, die Tätigkeit der sozial-liberalen Bundesregierung sei «ein Saustall». Natürlich gab das in Bonn «einige Bewegung», und der sozialdemokratische Finanzminister *Apel* reagierte in der folgenden Bundestagssitzung heftig. Er erinnerte daran, dass es um Strauss schon mehr als eine ähnliche Auseinandersetzung gegeben habe. Noch waren die *Wogen um des «Saustalles» willen* nicht ganz abgeebbt, als die «Sonthofener» Rede von Franz Josef Strauss die Öffentlichkeit beschäftigte. Sonthofen liegt im Allgäu. Dort hatte Strauss im vorigen November in einem internen Führungskreis der bayerischen CSU eine Art programmatischer Rede gehalten, für den internen Gebrauch und ohne Manuskript. Aber ein Tonbandgerät hatte, wie so üblich, alles aufgezeichnet. Wie das Nachrichtenmagazin «Der Spiegel» zu diesem Text gekommen ist, kann man nur raten. Strauss prozessierte nicht. «I bin doch kein Prozesshansl», sagte er im Interview. Der fragliche Text sei zudem ein «alter Hut», und so genau könne er sich nicht erinnern. Es gab allerlei in dieser Rede, eine Art Katastrophentheorie als Strategiekonzept der CSU. Man müsse die sozial-liberale Koalition zu dem – sicher zu erwartenden – Staatsbankrott treiben. Vielleicht glaubt *Franz Josef Strauss* wirklich daran, dass dies möglich oder sogar kurzfristig erreichbar sei. Es gibt ja eine Art Wirtschaftskrise. Aber das eigentliche Thema war die Bemerkung, er möchte gerne wissen, wieviele Sympathisanten der Baader-Meinhof-Gruppe sich in den Fraktionen der SPD und – der FDP befänden. Das wurde wohl im November gesagt, und die Entführung des Berliner CDU-Vorsitzenden Peter Lorenz ist nunmehr allerjüngste Vergangenheit. Um so provokativer wirkt diese Bemerkung. Die Sozialdemokraten berieten. Sie hätten wahrscheinlich eine gerichtliche Verfügung auf Unterlassung dieser Behauptung erwirken können. Doch in der Öffentlichkeit hätte Strauss das sowieso nicht wiederholt. So entschloss man sich zur Polemik, und die ist wahrlich fruchtbar. Vielleicht ist sie sogar notwendig, denn die Unterscheidung zwischen einigen theoretischen Diskussionen der Jungsozialisten und der raffinierten Technik der Gewalt unter sonderbaren politischen Zielsetzungen ist dem Mann auf der Strasse keineswegs immer so geläufig, wie die Sozialdemokraten gemeinhin annehmen. Es ergibt sich mithin die Gelegenheit, unter Hinweis auf diese abstruse Erklärung von Franz Josef Strauss die Grenzlinien zu ziehen. Es gibt, und das erweist sich hier wiederum das Problem,

¹ Bekanntermassen handelt es sich bei der CDU/CSU um zwei verschiedene Parteien, die jedoch im Bundestag eine Fraktion bilden.

das eigentlich alle Auseinandersetzungen zwischen CDU/CSU und SPD charakterisiert, den Gegensatz zwischen rationalem und oftmals allzu sachbezogenem Denken *der Sozialdemokraten* und der weit weniger auf Vernunft als auf dem Gefühl basierenden Argumentation ihrer Gegner. Das ist wohl eigentlich auch der Ausgangspunkt der Fragestellung von Franz Josef Strauss in seiner Sonthofener Klausurtagung, die ihm dann in einer überaus scharfen Debatte im Bundestag von Herbert Wehner die Qualifikation als «geistiger Terrorist» eintrug. Diese Debatte war vor allem dadurch bemerkenswert, dass die kurz zuvor beschworene Solidarität der Demokraten in verschiedenen Parteien in ihr in die Brüche ging.

Natürlich spielt auch die anhaltende Wirtschaftskrise eine Rolle. Jahre andauernder Wirtschaftskrise haben vergessen gemacht, dass es in der kapitalistischen Wirtschaft auch Krisen gibt. Die dreissiger Jahre liegen weit zurück im historischen Hintergrund des Dritten Reichs. Es ist auch kein Vergleich möglich, mit der Krise dieser fernen Jahre, in denen von sechs Millionen Arbeitslosen manche schon sechs Jahre ohne Arbeit und Verdienst waren. Heute sind es «nur» 1,2 Millionen, und mehr als eine halbe Million Kurzarbeiter. Aber das ist schon zuviel, nachdem so viele Jahre hindurch der deutsche Bundesbürger in der Auffassung gelebt hat, es gäbe – insbesondere in Deutschland – stets nur den «Wirtschaftsaufschwung». Auch jetzt noch ist man nicht durchweg von der Fortdauer der Krise überzeugt, auch die Regierung nicht. Man stellt fest, der Aufschwung «kommt bestimmt», demnächst so zwischen Mai und Juni. Natürlich gibt es Wirtschaftszweige, die nach wie vor gut gehen, aber der Abfall an Kaufkraft durch die Arbeitslosen und die Kurzarbeiter macht sich dennoch allenthalben bemerkbar, und die Lage der ins Berufsleben tretenden Jugendlichen ist weit mehr als nur ein wirtschaftliches Problem. Ein erheblicher Teil der Wirtschaftskrise geht – angesichts der weitgehenden Verflechtung des Wirtschaftslebens und des hohen Anteils des Exportes am bundesdeutschen Wirtschaftsleben – gar nicht auf das deutsche Konto, sondern ist die Auswirkung der weltweiten Überproduktion an Fahrzeugen aller Art. Gesamtwirtschaftlich betrachtet ist es gar nicht so schlimm. Sicherlich ist die Arbeitslosigkeit in den USA weit schlimmer, verschärft durch unzureichende Fürsorge für die Arbeitslosen. Sehr kritisch aber ist die Lage im Baugewerbe, wo – beispielsweise in Bayern – die Aufträge im Laufe des Jahres 1974 um 22,9 Prozent und die Zahl der Beschäftigten um 11,4 Prozent zurückgegangen sind. Und dieser Trend hat sich in den ersten Monaten 1975 fortgesetzt. Entsprechend hat sich natürlich die Erzeugung von Baustoffen vermindert. Die Schwierigkeiten der öffentlichen Haushalte in den Gemeinden, den Ländern und auch im Bund werden naturgemäss grösser, da das Steueraufkommen sinkt, unter anderem auch, weil die Steuerreform für den Bund eine Minuseinnahme von mehr als vierzehn Milliarden nach sich zieht. Dies allerdings bedeutet auch eine Zu-

nahme an Kaufkraft, was sich wiederum günstig auf den Wirtschaftsablauf auswirkt.

Unter diesen erschwerenden Umständen ist es für die sozial-liberale Regierung keineswegs leicht, ihr ursprüngliches Reformprogramm durchzusetzen, nicht zuletzt auch, weil naturgemäss zwischen den Koalitionspartnern nicht immer nur eitel Frieden und Einverständnis herrscht. Da ist beispielsweise der Wirtschaftsminister Friedrichs, in seiner rheinland-pfälzischen Heimat Vorsitzender der FDP und als solcher Mitautor eines – allzu vorzeitigen – Koalitionsangebotes der Landes-FDP an die CDU, mit ihr nach der Wahl gegebenenfalls zu koalieren. Das kam angesichts des Wahlerfolges der CDU nicht in Frage, warf aber dennoch einige Schatten auf das Bündnis in Bonn. Zudem ficht Friedrichs mit Unterstützung der Industrie gegen die Vorschläge des sozialdemokratischen Ministers Rohde, die Berufsausbildung junger Menschen bundeseinheitlich zu regeln und unter eine zentrale Leitung zu stellen. Nicht minder schwierig sind die Auseinandersetzungen der Koalitionspartner hinsichtlich der Mitbestimmung in den Grossindustrien. Die FDP hält an ihrem Konzept der gesonderten Mitbeteiligung der «leitenden Angestellten» in den betreffenden Aufsichtsräten, was natürlich von den Gewerkschaften, und vom grössten Teil der SPD, erbittert bekämpft wird. Ob man bis zum Ende der Legislaturperiode in knapp anderthalb Jahren diesen Gordischen Knoten lösen wird, ist schwer vorauszusagen. Anders liegt die Frage der Neufassung des Eherechts. Hier soll für den Fall der Scheidung das Zerrüttungs- an die Stelle des bisher geltenden Schuldprinzips treten. FDP und SPD sind sich darüber einig. Aus der katholischen Ecke der CDU hingegen kommen allerlei Einwände und sogar die Forderung, an der Spitze des entsprechenden Kapitels des Zivilgesetzbuches müsse stehen, dass die Ehe grundsätzlich für das ganze Leben geschlossen werde. Im Vergleich mit anderen Ländern, insbesondere rein katholischen Bereichen wie Italien oder Spanien, scheint diese Forderung bescheiden, denn nach katholischer Auffassung ist die Ehe bekanntlich unauflöslich. Doch auch hier gibt es Schwierigkeiten, die zu Komplikationen mit dem Bundesrat führen können. Sehr unklar ist das Schicksal der zu Beginn der Regierung Brandt-Scheel programmierten Bodenreform. Der SPD ging es darum, die Bodenspekulation vor allem in den sogenannten Ballungsgebieten durch eine Begrenzung der Verfügbarkeit des Bodeneigentums durch den Besitzer an den Kragen zu gehen. Man hört nunmehr wenig über dieses Projekt, dessen grösste Schwierigkeit die Quadratur des Kreises darstellt, einmal das Eigentum sakrosankt über alles zu stellen, und es zum zweiten dennoch einzuschränken. Wesentlich deutlicher gehen die Jungsozialisten an das Werk, die allzu liberalen Vorstellungen der älteren Generation, ein wenig marxistisch parfümiert, einzuschränken. Dabei ist die von der kürzlich wiedergewählten Bundesvorsitzenden Heidemarie Wieczorek-Zeul keines-

wegs eine «Radikale». In schwierigen, weil konfustheoretischen Debatten hat sie sich siegreich gegen die sogenannte «Stamokap»-Richtung durchgesetzt. Die Jünger der Stamokap-Theorie vertreten die Auffassung, man lebe heute in einem «staatsmonopolistischen Kapitalismus». Den gelte es natürlich zu beseitigen. Sie merken offenbar nicht, dass diese sonderbare Definition allenfalls für die DDR, aber nicht für die allzu liberalistisch wirtschaftende Bundesrepublik zutreffen könnte. Das Echo auf den Jusokongress liess nicht lange auf sich warten. Willy Brandt sagte alsbald, man müsse auf die Jusos zugehen. Und so wird sich vermutlich für absehbare Zeit die Beziehung der Generationen in der deutschen Sozialdemokratie darstellen.

Die SPD interpretiert die Herausforderung des Godesberger Programmes zur Konkretisierung demokratischer sozialistischer Ziel-Mitte-Vorstellungen einseitig zugunsten eines in seinen Auswirkungen und Bedingungen nicht einsehbaren *Warenhauskataloges technokratischer Einzelforderungen*. Die anfangs formulierte Bedingung für ein Langzeitprogramm, es dürfe keine blosser Funktion der kapitalistischen Realität der Bundesrepublik sein, wird von dem Entwurf nicht erfüllt, der die Einzelforderungen von den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen staatlichen Handelns isoliert, und sich somit mit den Macht- und Herrschaftsverhältnissen der «sozialen Marktwirtschaft» *abzufinden* scheint.

Dabei ist das Bestreben, sozialdemokratische Vorstellungen in einem längerfristigen Rahmen konkretisiert und mit den notwendigen strategischen Überlegungen darzustellen, nur zu begrüßen. Die Diskussion um diesen Entwurf birgt die Möglichkeit, die theoretische Auseinandersetzung in der SPD zu intensivieren. Die weitere Arbeit muss mit der Erarbeitung einer Gesellschaftsanalyse beginnen und mit der Beschreibung ihrer Probleme versuchen, die Ziele zu konkretisieren. Daraus müssen politische Durchsetzungsstrategien entwickelt werden.

G. Walter in «Neues Forum»